

Pressemitteilung

25. November 2020

Finanzstabilitätsbericht der EZB sieht Anstieg bei mittelfristigen Anfälligkeiten von Unternehmen und Banken

- Die unterschiedliche wirtschaftliche und finanzmarktbezogene Betroffenheit von Ländern und Sektoren könnte zu Risikokonzentrationen in einzelnen Bereichen führen
- Durch Politikmaßnahmen wurden Liquiditätsprobleme angegangen, doch vorzeitige oder zu späte Rücknahme fiskalischer Stützungsmaßnahmen könnte Risiken hervorrufen
- Ertragsaussichten der Banken bleiben schwach, in Abhängigkeit vom Verlauf der Erholung drohen zeitverzögerte Verluste

Mit dem Fortschreiten der Pandemie nehmen die Anfälligkeiten im Unternehmenssektor zu. Sollten sie zum Tragen kommen, könnte dies die Widerstandsfähigkeit der Banken im Euro-Währungsgebiet in Zukunft auf die Probe stellen, so die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrem jüngsten Finanzstabilitätsbericht (FSB). Die derzeitige umfangreiche Unterstützung seitens der Politik hilft den Unternehmen und privaten Haushalten im Euroraum, die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Risiken können jedoch dann auftreten, wenn die Stützungsmaßnahmen entweder zu früh oder zu spät beendet werden. Eine vorzeitige Rücknahme der fiskalischen Hilfen, beispielsweise der staatlichen Kreditgarantien und gesetzlichen Schuldenmoratorien, könnte die wirtschaftliche Erholung beeinträchtigen und die zu Beginn der Pandemie verzeichneten Liquiditätsengpässe der Unternehmen zu einer Gefahr für deren Solvenz werden lassen. Der starke Anstieg der Verschuldung von Unternehmen und Staaten bringt auf mittlere Sicht ein erhöhtes Risiko für die Finanzstabilität mit sich. So kann es zu einer Verflechtung zwischen Staaten, Unternehmen und Banken kommen, da Banken und Staaten den pandemiebedingten Risiken der Unternehmen im Eurogebiet gleichermaßen ausgesetzt sind.

Die Ertragslage der Banken dürfte nach den Worten von EZB-Vizepräsident Luis de Guindos schwach bleiben. „Die Rückstellungen sind gestiegen, erscheinen jedoch in manchen Fällen optimistisch. Zugleich könnte es infolge der Garantien und Moratorien länger dauern, bis sich die schwache Wirtschaftsleistung in Kreditausfällen niederschlägt. Staatliche Hilfsprogramme“, so de Guindos weiter, „sind gegenwärtig unverzichtbar, sollten aber auf pandemiebezogene wirtschaftliche

Stützungsmaßnahmen begrenzt bleiben und nicht zu Bedenken hinsichtlich der mittelfristigen Schuldentragfähigkeit führen.“

Für die Banken im Euroraum, die zu Beginn der Pandemie solidere Bilanzen aufwiesen als zur Zeit der globalen Finanzkrise, könnte ein verfrühter Ausstieg aus den staatlichen Garantien und Moratorien eine weitere Welle von Verlusten bedeuten. Zudem ist davon auszugehen, dass sie weiter unter Ertragsdruck stehen werden, unter anderem aufgrund ungünstigerer Aussichten für die Kreditvergabe und anhaltender struktureller Herausforderungen. Die Banken verfügen nach wie vor über ausreichende Kapitalpuffer, die es auch in Zukunft ermöglichen sollten, Verluste abzufedern und die Kreditvergabe über einen längeren Zeitraum zu stützen. Zur Förderung der Nutzung von Kapitalpuffern und der Vermeidung von Bilanzkürzungen müssen die Behörden die Wirksamkeit der Maßnahmen überwachen. Unabhängig von der Pandemie, gilt es für die Banken wie auch das gesamte Finanzsystem, die durch den Klimawandel bedingten Finanzstabilitätsrisiken anzugehen und den Übergang zu einer grüneren Wirtschaft voranzutreiben.

Der Anstieg der Risikopräferenz durch Nichtbanken wie etwa Investmentfonds erhöht deren Anfälligkeit gegenüber Kapitalabflüssen und Verlusten, falls die Kreditrisiken der Unternehmen erheblich zunehmen. Diese Risiken werden durch weiterhin vorhandene Lücken im makroprudenziellen Regelwerk für den Nicht-Bankensektor verschärft.

Medianfragen sind an Frau [Eszter Miltényi-Torstensson](#) zu richten (Tel. +49 69 1344 8034).

Anmerkung

- Der [Finanzstabilitätsbericht](#) ist eine halbjährlich erscheinende Veröffentlichung der EZB, in der die Risiken und Anfälligkeiten für das Finanzsystem des Euroraums insgesamt sowie deren Ursachen aufgezeigt werden. Wenn Sie mehr darüber erfahren möchten, inwiefern sich die Finanzstabilitätsrisiken in der Pandemie von denen in früheren Krisen unterscheiden und inwieweit private Haushalte und Unternehmen bislang von der Pandemie betroffen sind, steht Ihnen der aktuelle [Podcast der EZB](#) zur Verfügung.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu
Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.